

Großdemos in Düsseldorf und Dresden

Endspurt mit klarer Botschaft: Bewegung jetzt!



dbb Chef Ulrich Silberbach bei der Großdemo in Düsseldorf am 5. Dezember 2023

Kurz vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die vom 7. bis 9. Dezember 2023 in Potsdam stattfindet, erreichten die Warnstreiks ihren Höhepunkt. In Düsseldorf und Dresden fanden zwei Großdemos statt, an denen sich Tausende Kolleginnen und Kollegen aus den dbb Mitgliedsgewerkschaften beteiligt haben. Die Botschaft an die Arbeitgeber war klar: Jetzt muss endlich Bewegung in die Verhandlungen kommen.

Düsseldorf

Am 4. Dezember 2023 kam es im öffentlichen Dienst landesweit zu Arbeitsniederlegungen. Alleine in Düsseldorf beteiligten sich 15.000 Beschäftigte an Demonstrationen und einer zentralen Kundgebung vor dem Landtag, um ihre Forderung nach 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro höheren Einkommen im Monat zu bekräftigen. Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sagte dort: „Der öffentliche Dienst ist elementar für unser Land. Keinesfalls darf er weiter auf Verschleiß gefahren werden. Das bedeutet: Wir brauchen echte Wertschätzung für die Kolleginnen und Kollegen – auch bei den Einkommen. Wir brauchen echte Bemühung um Nachwuchskräfte – auch durch garantierte Übernahme nach der Ausbildung. Kurzum: Wir brauchen Länderchefs, die ihrer Verantwortung und ihrer Fürsorgepflicht gerecht werden. Nicht nur bei den Tarifverhandlungen in Potsdam, sondern auch bei der Übertragung des Ergebnisses auf Besoldung und

dbb:
wir.
für euch.

10,5%
500 Euro
mindestens



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf

Versorgung. Sonst werden wir nicht nur zu wenig Leute bekommen, sondern die vorhandenen werden weglauen – das kann niemand wollen.“

Der Vorsitzende des dbb Landesbundes in NRW, Roland Staupe, verwies auf die harte Konkurrenz, mit der sich die Länder bei der Personalgewinnung messen müssen: „Der Landesdienst hinkt bei den Einkommen nicht nur der Privatwirtschaft hinterher, sondern innerhalb des öffentlichen Dienstes auch Bund und Kommunen. Alleine in NRW sind bereits etwa 26.000 Stellen in der Daseinsfürsorge unbesetzt. So ist kein Staat zu machen. Wir brauchen einen ordentlichen Tarifabschluss, um nicht abgehängt zu werden – der natürlich auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden muss. Darüber hinaus brauchen wir für den öffentlichen Dienst in NRW eine echte Attraktivitätsoffensive: Von A wie Arbeitszeit bis Z wie Zulagen muss alles auf den Tisch, damit der Staat auch im Dauer-Krisenmodus handlungsfähig bleibt. Die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen immer weiter zu erhöhen und sie gleichzeitig auch noch mit den enormen Preissteigerungen der letzten Zeit alleine zu lassen, mag für die Länderchefs eine Option sein – das werden wir aber nicht zulassen.“



Dresden

Einen Tag vor Beginn der dritten Verhandlungsrunde forderten zahlreiche sächsische Landesbeschäftigte von ihrer Landesregierung lautstark ein Ende der Verweigerungshaltung.



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf

- DBB NRW**
Beamtendbund
und Tarifunion
- SBB**
Beamtendbund
und Tarifunion
Sachsen
- dbb**
beamtendbund
und tarifunion



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



5. Dezember, Düsseldorf



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

„Die Landespolitik muss als Arbeitgeberin jetzt ein sehr gutes Angebot machen. Sie ist am Zug und muss liefern!“, rief dbb Tarifchef Volker Geyer den gut 4.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der zentralen Kundgebung vor dem sächsischen Finanzministerium zu. „Weil der, der Leistung fordert, auch Respekt zeigen muss! Und zwar in einer Form, die auch in den Geldbeuteln der Kolleginnen und Kollegen ankommt“, sagte Geyer weiter.

Nannette Seidler, Vorsitzende des SBB – Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, ergänzte: „Wenn im öffentlichen Dienst über eine halbe Million Stellen unbesetzt sind, gehen die Menschen dorthin, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Nur wer die bietet, wird auf Dauer gute Leute haben.“ Es müsse außerdem klar sein, dass der angestrebte Tarifabschluss auf die Beamten übertragen werde, betonte Seidel. Und zwar ohne Abstriche oder Verzögerungen, sondern unter uneingeschränkter Beachtung der Verfassung.

Auch René Michel, stellvertretender Landesvorsitzender des Sächsischen Lehrerverbands im VBE (SLV) und Vorstandsmitglied des Jungen SLV, zeigte sich in seiner Rede vor dem Finanzministerium kämpferisch und ergriff Partei für die Kolleginnen und Kollegen und den Berufsnachwuchs: „Lehrkräfte kämpfen täglich für Bildung trotz Überanstrengung, hohem Krankenstand und massivem Unterrichtsausfall. Der Fachkräftemangel wird zur Alltäglichkeit. Kolleginnen und Kollegen verdienen Anerkennung und Entlastung. Unser Beruf ist schön, aber die

10,5%

500 Euro
mindestens



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

DBB NRW
Beamtenbund
und Tarifunion

SBB
Beamtenbund
und Tarifunion
Sachsen

dbb
beamtenbund
und tarifunion



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden



6. Dezember, Dresden

Rahmenbedingungen sind inakzeptabel. Wir kämpfen weiter für eine bessere Zukunft und mehr Investitionen in die Bildung!“

Dem Aufruf von dbb und SBB zum Warnstreik waren zahlreiche Landesbeschäftigte gefolgt und hatten sich auf dem Dresdner Carolaplatz vor dem sächsischen Finanzministerium versammelt. So beteiligten sich neben Lehrerinnen und Lehrern etwa auch die Bühnenarbeiter des Früh- wie des Abenddienstes der Dresdner Semperoper und zahlreiche weitere Berufsgruppen aus der Landesverwaltung in Sachsen an der Aktion. Sie alle wollten nochmals ihre gerechtfertigten Forderungen nach 10,5 Prozent, mindestens jedoch 500 Euro mehr Einkommen, mit einer Laufzeit von zwölf Monaten bekräftigen.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Sonderseite unter: www.dbb.de/einkommensrunde



Der dbb und die DPoIG helfen!

Als Gewerkschaftsmitglied der **Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)** sind Sie sicher, immer nach Tarifvertrag bezahlt zu werden. Die 18 Landes- und Fachverbände der **DPoIG** mit ihren rund 100.000 Mitgliedern bieten ständige Kontakte ohne bürokratische Umwege. Als Gewerkschaftsmitglied unter dem Dach des **dbb** genießen Sie kostenlosen Rechtsschutz für alles, was im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit steht.

Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke der **DPoIG**. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dpolg.de und www.dbb.de, durch Flugblätter **DPoIG aktuell** oder **dbb aktuell** und durch das Magazin **tacheles**. Grundsatzwerke und Kommentierungen erscheinen in der Reihe **Tarifschriften**.



Ich möchte zunächst DPoIG-Informationsmaterial erhalten.

Ich möchte ab _____ DPoIG-Mitglied werden.

Name* _____

Vorname* _____

Geb.-Datum _____

Straße* _____

PLZ/Ort* _____

E-Mail _____

Zutreffendes bitte ankreuzen*

<input type="checkbox"/> Beamter / Beamtin	<input type="checkbox"/> in Ausbildung
<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	<input type="checkbox"/> im Ruhestand
<input type="checkbox"/> Allg. Verw.-Dienst	<input type="checkbox"/> tech. Dienst
<input type="checkbox"/> Vollzugsdienst	

Bes./Entgeltgruppe _____

Teilzeit, Stunden _____

Dienstherr / Arbeitgeber _____

Amt / Dienststelle / Betrieb _____

Gewerkschaftsmitglied bei _____

von _____ bis _____

Datenschutzhinweis: Wir speichern und verarbeiten die uns mitgeteilten Daten, um den uns erteilten Auftrag zu erfüllen. Die mit einem Sternchen* versehenen Daten sind Pflichtdaten, ohne die eine Bearbeitung nicht möglich ist. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 (1) b DSGVO. Wenn Sie Informationen über eine Mitgliedsgewerkschaft wünschen, so geben wir Ihre Daten dorthin weiter. Sonst erfolgt keine Weitergabe an Dritte, sondern lediglich an Auftragsverarbeiter. Wir löschen die Daten, wenn sie für die verfolgten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung ist: Deutsche Polizeigewerkschaft, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030. 47 37 81 23, Telefax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de. Sie können Ihre Einwilligung jederzeit widerrufen unter: E-Mail: dpolg@dbb.de. Informationen über Ihre Rechte als Betroffener sowie weitere Informationen erhalten Sie hier: www.dpolg.de/datenschutz/

Datum / Unterschrift _____

DPoIG Deutsche Polizeigewerkschaft Bundesgeschäftsstelle, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin
Telefon: 030. 47 37 81 23, Fax: 030. 47 37 81 25, E-Mail: dpolg@dbb.de, Internet: www.dpolg.de

Der dbb ist das Dach von 41 Gewerkschaften – eine davon ist auch in Ihrer Nähe.